

Stenografischer Bericht

öffentlicher Teil

67. Sitzung – Sozial- und Integrationspolitischer Ausschuss

25. November 2021, 19:37 bis 20:36 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Moritz Promny (Freie Demokraten)

CDU

Sabine Bächle-Scholz
Dr. Ralf-Norbert Bartelt
Sandra Funken
Petra Müller-Klepper
Claudia Ravensburg
Max Schad
Ismail Tipi

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kathrin Anders
Marcus Bocklet
Silvia Brünnel
Taylan Burcu
Felix Martin

SPD

Ulrike Alex
Frank-Tilo Becher
Lisa Gnadl
Dr. Daniela Sommer
Turgut Yüksel

AfD

Arno Enners
Volker Richter

Freie Demokraten

Yanki Pürsün

DIE LINKE

Christiane Böhm

Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU: Dr. Carla Thiel
 SPD: Bettina Kaltenborn
 DIE LINKE: Thomas Völker

Landesregierung, Rechnungshof, Datenschutz, Landtagskanzlei:

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde
Alex Anne	STS	HSU
Dr. Peter, Christian	RD	WRSt
Dr. Altmann, Kristina	RDlin	HRSt
Thomas Just	MR	HMSI
NÖCKER, SUSANNE	GRlin	HGRSt
Dr. Sabine Totsche	RLin	HMSI
Arnold, Franziska	VA	HMSI

Protokollführung: Maximilian Sadkowiak, Jonas Decker

Inhaltsverzeichnis

- zur abschließenden Beratung –
1. **Antrag**
Dr. Daniela Sommer (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Kerstin Geis (SPD), Christoph Degen (SPD), Ulrike Alex (SPD), Frank-Tilo Becher (SPD), Nadine Gersberg (SPD), Karin Hartmann (SPD), Manuela Strube (SPD), Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion Kinder und Jugendliche hören, unterstützen, begleiten
– Drucks. [20/6253](#) – S. 4
- zur abschließenden Beratung –
2. **Antrag**
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jugendbeteiligung leben – Landesjugendkongress einführen
– Drucks. [20/6410](#) – S. 8
- zur abschließenden Beratung –
3. **Antrag**
Fraktion der AfD
Gesundheitsgefahren durch zu hohe Kohlenstoffmonoxid-Konzentrationen in hessischen Shisha-Einrichtungen reduzieren – Die Landesregierung muss endlich handeln
– Drucks. [20/6732](#) – S. 15
- zur weiteren Beratung –
4. **Große Anfrage**
Dr. Daniela Sommer (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Frank-Tilo Becher (SPD), Ulrike Alex (SPD), Wolfgang Decker (SPD), Nadine Gersberg (SPD), Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion vom 25.08.2020
Kinderrechte in Hessen
– Drucks. [20/4427](#) zu Drucks. [20/3469](#) – S. 16
- Punkte 5 – 11** siehe nicht öffentlicher Teil

1. **– zur abschließenden Beratung –****Antrag**

Dr. Daniela Sommer (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Kerstin Geis (SPD), Christoph Degen (SPD), Ulrike Alex (SPD), Frank-Tilo Becher (SPD), Nadine Gersberg (SPD), Karin Hartmann (SPD), Manuela Strube (SPD), Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion Kinder und Jugendliche hören, unterstützen, begleiten

– Drucks. [20/6253](#) –

Abg. **Dr. Daniela Sommer:** Wir haben schon ein paar Mal über dieses Thema gesprochen, dass Kinder und Jugendliche stark von der Corona-Pandemie beeinträchtigt waren, weil Kitas und Schulen teilweise geschlossen hatten. Die Schließungen und Einschränkungen haben tiefe Spuren hinterlassen. Wir wissen von der Psychotherapeutenkammer, dass etwa 40 % mehr Anfragen bei Kinder- und Jugendpsychotherapeuten gestellt werden. Nicht nur das braucht es, sondern es braucht eben auch niedrigschwellige Präventions- und Unterstützungsangebote neben den professionellen Hilfen der Psychotherapeuten.

Deshalb haben wir einen dezidierten Antrag mit entsprechenden, verschiedenen Punkten gestellt. Wir haben die Suizidprävention, verschiedene niedrigschwellige Möglichkeiten, aber auch Fortbildungen für diejenigen, die das später leisten müssen, aufgenommen. Wir glauben, wir können Kinder nicht alleine lassen. Die brauchen jetzt Hilfe. Man muss da genau hinschauen. Die Bedürfnisse dürfen eben nicht vernachlässigt werden. Unserer Einschätzung nach ist es so, dass die Dramatik, die die Expertinnen und Experten schildern, jetzt angegangen werden muss; denn gerade bei der Zunahme psychischer Probleme von Kindern und Jugendlichen und der verbundenen Nachfrage der Therapieangebote zum einen, aber auch bei der möglichen Chronifizierung dieser Probleme müssen wir jetzt handeln. Wir haben einen immensen Handlungsbedarf. Dabei dürfen wir nicht in Verzug kommen. Wir müssen uns ein Stück weit an der Lebensrealität der Kinder und der Jugendlichen orientieren.

Kinder und Jugendliche müssen auch bei den zukünftigen Verordnungen vor allen Dingen besser Berücksichtigung finden. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Ihre Lebenschancen dürfen sich nicht durch die Pandemie und auch nicht in der Pandemie verschlechtern. Allerdings muss man sagen, die Bedürfnisse der Kinder sind jetzt akut. Wir dürfen diese nicht auf die Zukunft verschieben. Wir wollen mit diesem Antrag Abhilfe schaffen und dazu auffordern, sofort zu handeln.

Abg. **Kathrin Anders:** Ich glaube, die Problembeschreibung, die im Antrag formuliert ist, entspricht der Realität. Deswegen bin ich froh, dass die Landesregierung hier schon in vielen Bereichen tätig ist. Sie hat von Anfang der Pandemie an sehr wohl auf Expertinnen und Experten gehört, die genau in diesen Bereichen arbeiten. Das waren Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Psychologinnen und Psychologen, Psychiaterinnen und Psychiater sowie viele weitere.

Ich finde auch, wer schon häufiger mit der Kinder- und Jugendrechtsbeauftragten gesprochen hat, sieht schon, dass Kinder besondere Bedarfe haben und dass die in Hessen einen Stellenwert haben. Zu den Programmen betonen Sie ausdrücklich, dass sie verstärkt werden müssen. Das sehen wir an vielen Stellen schon. Ich sehe auch gerade in der Fachwelt viele neue Initiativen, die sich durch die Pandemie entwickelt haben und von den Fachverbänden sowie den Fachleuten umgesetzt werden. Die Fachleute haben selbst einen Anspruch an ihre Arbeit und setzen diesen um.

Ich finde es ausdrücklich richtig, dass, obwohl ein großer Teil dieses Corona-Aufholpaketes des Bundes für schulische Maßnahmen und eben nicht für die Kinder- und Jugendhilfe gedacht war, wozu es aus meiner Sicht ein Ungleichgewicht bei der Finanzierung gibt, trotzdem das HKM einen Fokus auf die psychische Gesundheit legt. Das haben wir im Ausschuss auch schon gehört, dass die Psychotherapeutenkammer und das HKM im engen Austausch sind, um niedrigschwellige Angebote an den Schulen anzubieten, Lehrerinnen und Lehrer zu schulen und genau dort, wo Kinder jeden Tag sind, nämlich in der Schule, die Kinder zu erreichen und auch die Eltern zu erreichen. Wir sehen das als eine gute Möglichkeit an. Genauso geht es beim Aufholen nach Corona nicht nur darum, schulische Leistungen zu verbessern. Es gibt viele Programme, die gerade die psychosozialen Probleme aufgreifen, sei es Schulabstinz, seien es Probleme zu Hause, seien es psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen. Ich bin froh, dass das so ausgewogen ist und Kinder und ihre Bedürfnisse in Hessen einen besonderen Stellenwert haben.

Daher ist der Antrag zwar natürlich nicht falsch, weil er beschreibt, worauf dringend der Fokus liegen muss. Ich sehe aber, dass in Hessen schon viel getan wird und weiterhin getan werden muss.

Abg. **Sandra Funken:** Wie Frau Anders schon gesagt hat, ist es sein sehr wichtiges Thema. Im SPD-Antrag sind auch viele wichtige Punkte aufgenommen worden. Im Wesentlichen beinhaltet der Antrag zwei Aufgabenbereiche. Das sind einmal die Bewältigung negativer psychosozialer Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche, aber auch das Aufholen und Kompensieren von Lern- und Entwicklungsrückständen. In beiden Bereichen widmet sich die Landesregierung diesen Themen. Ich nenne nur ein paar wenige Beispiele: die Fortbildung von Lehrkräften in Kooperation mit der Psychotherapeutenkammer, die Schulpsychologie zur Stärkung der Resilienz direkt im Klassenzimmer, die Beratungsangebote, die gestärkt und ausgebaut werden und auf die Pandemie angepasst werden. – Ganz wichtig ist auch das schnelle Zurückkehren in den Präsenzunterricht.

Es ist hier besonders wichtig, Frau Dr. Sommer, das haben Sie bereits gesagt, die Entwicklung weiter zu beobachten und die Maßnahmen gegebenenfalls schnell anzupassen. Die Landesregierung hat auch hier immer die aktuelle Situation im Blick. Ich würde gerne auf einen Punkt zu sprechen kommen und zwar Ihren Punkt 5, in dem die Landesregierung aufgefordert werden soll, Nachteile für besonders betroffene Jugendliche auszugleichen. Wir finden, jedes Kind hat das Recht in dieser Pandemie besonders ins Auge gefasst zu werden. Ich glaube, das muss man in

der Breite sehen und nicht nur auf besonders Betroffene achten. Jedes Kind ist besonders betroffen. Wir wollen einen breiten Ansatz verfolgen.

Grundsätzlich ist das ein guter Antrag mit vielen wichtigen Punkten, die auch in Hessen schon im Wesentlichen umgesetzt werden und auch weiterhin umgesetzt werden. Aufgrund der aus unserer Sicht zu kurz gegriffenen Formulierung in Punkt 5, lehnen wir den Antrag ab.

Abg. **Yanki Pürsün:** Über einzelne Formulierungen kann man immer streiten. Wenn man viel hineinschreibt, läuft man immer Gefahr, dass da etwas drinsteht, worüber gesagt wird: Also da gefällt mir ein Punkt, ein Komma und sonst etwas nicht. – Das finde ich an der Stelle aber sehr kleinlich. Die Realität in diesem Land ist, glaube ich, eine andere, als dass man sagen kann, die Landesregierung hat es im Blick.

In der vorangegangenen Anhörung war eine Vertreterin des Wetteraukreises anwesend. Wie die Realität aussieht, erfährt man, wenn man mit Kreisbeigeordneten spricht, wenn man herumläuft und die Augen öffnet, wenn man mit Verbänden redet, wenn man in Familien geht und sich mit Kindern unterhält und z. B. fragt: Du bist gerade nicht in der Schule. Wie sieht es da mit deinen persönlichen Kontakten aus? – Da erhält man als Antwort: Ich habe keine, weil ich kein Gerät habe. Ab und zu kommt Post. Ich bin in Quarantäne. Das Gesundheitsamt schickt mir keine Briefe. – Es ist unfassbar, wie Kinder und Jugendliche leiden und auch schon gelitten haben bisher, wie es vermutlich auch in den nächsten Wochen weitergeht.

Es ist ganz wichtig, dass wir erklären, dass Schulen nicht geschlossen werden dürfen. Natürlich kann es auch für ganze Klassen zu Quarantäne kommen. Das ist keine Frage. Es ist jetzt aber kleinlich, zu sagen, der Antrag ist zu einem wichtigen Thema, aber Punkt 5 gefällt mir nicht. Wo ist denn der Antrag der Koalition? Wo ist die überzeugende Antwort der Landesregierung? Ich sehe sie nicht. Ich finde das sehr bedauerlich. Wenn wir in unsere Wahlkreise gehen, wenn wir durch Hessen ziehen, die Augen öffnen, dann können wir, glaube ich, nur sagen, dass viel zu wenig getan worden ist, aktuell viel zu wenig getan wird und in den nächsten Wochen zu wenig getan werden wird. Da müssen wir mehr tun. Dafür tragen wir alle landesweit und auch vor Ort Verantwortung.

Deswegen finde ich das sehr bedauerlich. Man kann Anträge der Opposition immer ablehnen, aber wo ist das Alternativangebot? Es muss ja nicht genauso gut sein, kein Problem, aber irgendetwas muss man dem entgegenstellen. Die Reaktion und Argumentation finde ich zu diesem Tagesordnungspunkt sehr unzureichend. Ich finde es auch sehr bedauerlich, weil Kinder und Jugendliche viel mehr Aufmerksamkeit und Ernsthaftigkeit in den politischen Antworten erwarten. Sie haben auch ein Anrecht darauf. Ich finde das wie gesagt sehr schade. Ich hätte sicherlich nicht so lange formuliert, ich hätte es anders formuliert, aber das kann nicht der Maßstab sein. Es ist ein sehr berechtigtes Anliegen. Vielen Dank für den Antrag und den Tagesordnungspunkt. Wir werden dem zustimmen.

Abg. **Felix Martin:** Sind wir doch einmal ehrlich zueinander. Es ist ein wichtiges Thema. Es steht vieles drin, wo man sich dem Thema entsprechend widmet oder widmen muss. Dieser Antrag ignoriert aber alles, was passiert. Punkt 4 ist ein gutes Beispiel dafür. Alles, was der Bund macht, ist super, aber was das Land macht, kommt nicht vor. Genau solche Dinge, die hier genannt werden, macht das Land eben auch. Gerade da wir am Samstag die Abschlussveranstaltung zum Jahr der Kinderrechte hatten, wo es umfangreiche Erfahrungen gab, wo ganz viele junge Menschen vor Ort Erfahrungen in der Corona-Zeit und zu ihren Folgen ausgetauscht haben, was wir entsprechend begleitet und gesammelt haben, finde ich es schade, wenn man so etwas völlig ausblendet und mit keinem Wort erwähnt. Genauso wie in diesem Antrag kein einziges lobendes Wort für die vielen, vielen Dinge, die passieren, steht, wäre es genauso falsch, auf der anderen Seite zu sagen, dass alles, was im Antrag steht, falsch ist. Die Wahrheit liegt irgendwo in der Mitte.

Insofern könnten wir uns jetzt über jeden einzelnen Abschnitt unterhalten oder wir sagen einfach, es passiert einiges. Das könnte man auch wahrnehmen und wertschätzen. Genauso wäre es falsch – die Kolleginnen haben das dargelegt –, zu sagen, alles was im Antrag steht, ist völlig falsch und Banane. Das sagt auch niemand.

Beschluss:

SIA 20/67 – 25.11.2021

Der Sozial- und Integrationspolitische Ausschuss lehnt den Antrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung ab.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

2. – zur abschließenden Beratung –**Antrag
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jugendbeteiligung leben – Landesjugendkongress einführen
– Drucks. [20/6410](#) –**

Abg. **Felix Martin:** Sie haben es in der Presse verfolgt. Es gab einen umfangreichen Beteiligungsprozess, den maßgeblich der Jugendring initiiert hat, wo ein umfangreiches Konzept auf die Beine gestellt wurde. Eine der zentralen Maßnahmen setzen wir direkt um und zwar den Landesjugendprozess. Wir möchten, dass er nach der Projektmaßnahme mit Finanzierung über ein Programm des Sozialministeriums im Bereich Partizipation verstetigt wird. Mit einer Folgeveranstaltung soll dann jeweils die Ergebnissicherung und die Weiterarbeit sichergestellt werden. Der erste Jugendkongress findet dann nächstes Jahr hier im Landtag statt, wofür ich sehr dankbar bin, dass der Landtagspräsident dafür von Anfang an seinen Daumen nach oben gegeben hat und die Verwaltung daran mitarbeitet.

Ich möchte die Frage vorwegnehmen, was mit den anderen Dingen ist, die im Konzept stehen. Das soll einer der Punkte sein, mit denen sich der Jugendkongress auseinandersetzt, um darüber noch einmal zu diskutieren. Es gibt spannende Ansätze und gute Ideen, von denen ich aber auch glaube, dass es gut ist, wenn der Jugendkongress – weil er eine andere, eine viel zufälligere Zusammensetzung hat als diejenigen, die sich bislang im Konzeptprozess dazu intensive Gedanken gemacht haben – noch einmal an der einen oder anderen Stelle darüber nachdenkt. Wir gehen einen sehr großen und wichtigen Schritt. Es ist das erste Mal, dass wir ein auf die Dauer angelegtes Format der Jugendbeteiligung in Hessen einführen.

Abg. **Frank-Tilo Becher:** Der Antrag enthält erst einmal keinen Satz, über den man so stolpern muss, dass man dem Antrag nicht zustimmen könnte. Daher ist das nun das lobende Wahrnehmen einer Initiative, die hier vorgelegt wurde. Es ist gut und sinnvoll, diesen Landesjugendkongress zu starten. Das ist ein wichtiger Teil. Trotzdem gehört dazu, wenn man sich das genau ansieht – Sie haben versucht, es vorwegzunehmen, habe es aber noch nicht ganz zutreffend beschrieben –, was der Antrag alles nicht leistet und ob man jetzt einfach sagt „na ja gut, das ist einfach noch nicht dran“ oder ob das nun schon den Eindruck vermittelt, dass das Ergebnis, das Konzept, was vorgelegt worden ist, hier aufgegriffen wird. An dieser Stelle möchte ich dem Hessischen Jugendring herzlich dafür danken, dass er diesen Prozess so mitgestaltet und initiiert hat, diese Fachdebatte, dass dieses umfangreiche Konzept entstanden ist. Es lohnt sich, hinzuschauen, was das für ein Konzept ist, um diesen Antrag diesbezüglich einzuordnen.

Der Antrag spricht von einem Partizipationsmix, der durch eine Fachstelle koordiniert wird. Er beschreibt das als ein integriertes Konzept. Die Spiegelstriche, die dort genannt sind, sind eigent-

lich in diesem Konzept nicht als Steinbruch aufgeführt, sondern sie sind ausdrücklich als ein Zusammenspiel beschrieben, aus dem Jugendbeteiligung in einem guten Miteinander und mit einem Blick aus verschiedenen Perspektiven auf den Weg gebracht wird.

Am Anfang steht aufgrund ihrer grundlegenden Bedeutung für das Gesamtkonzept (...) eine landesweite Fachstelle.

Wenn man das jetzt ernst nimmt, muss man einfach sagen: Der Antrag gibt in keiner Weise Antwort auf das Konzept und greift sich sozusagen nur eine Sache heraus, schiebt sie nach vorne. Sie ist deswegen nicht schlecht, aber ob sie so gut ist, dass man sagen kann, dass der große Wurf des Einstiegs in eine verlässliche Jugendbeteiligung gemacht worden ist, dem widerspricht das Konzept selbst. Der Jugendrat, das Jugendportal Hessen, das Fachstelle Jugendbeteiligung, von der ich gerade sagte, dass sie eigentlich als Grundlage in diesem Konzept formuliert worden ist, sind alle nicht in diesem Antrag benannt.

Es gibt dazu auch noch einige Extras, die wir debattieren. Das klingt mit der UN-Kinderrechtskonvention im Antrag an. Das ist stark formuliert. Ich bedauere, dass aus dieser Formulierung nicht die Konsequenz gezogen wird, dass das Wahlalter auf 16 gesenkt wird. Bei den Extras wird das Thema Jugendcheck angeführt. Das wird im Antrag auch nicht benannt, ist nicht einmal als Option erwähnt.

Ich möchte sagen: Der Antrag stellt auch nichts in Aussicht, sondern er reduziert das, was dort vorgeschlagen worden ist, auf ein Element, das er nach vorne schiebt. Nicht zuletzt ist auch Punkt 6 richtig formuliert, aber die Frage, warum man an dieser Stelle nicht die Forderung verhandelt, dass die Beteiligungsformen auf kommunaler Ebene aus einer Soll- in eine Muss-Bestimmung überführt werden, also das in der HGO – das ist eine Möglichkeit; an der Stelle können wir gestalterisch tätig werden – zu ändern. Ob es wirklich der richtige Weg ist, dass im Landesjugendkongress in einem Jahr und dann im Folgejahr in einer neuen Zusammensetzung zu debattieren und die Debatte damit dorthin zu delegieren, weiß ich nicht. Ich glaube schon, dass Jugendbeteiligung so funktioniert, dass der Kongress Dinge verändert und neue Perspektiven bringt, aber es ist auch unsere Verantwortung, uns dem anzunehmen, was wir jetzt gestalten können, um Jugendbeteiligung nach vorne zu bringen.

Das ist das, was ich zu dem Antrag, dem wir trotzdem zustimmen werden, als Manko und Zeichen dafür benennen muss, dass das wirklich kein mutiger Wurf, sondern ein kleiner Einstieg ist.

Abg. **Christiane Böhm**: Frank-Tilo Becher, man muss nicht immer so kritisch sein. Man kann sich doch auch einmal über Kleinigkeiten freuen.

(Abg. Frank-Tilo Becher: Habe ich doch gemacht!)

Ob man dazu einen Antrag braucht, der Meinung bin ich nicht. Mir hätte die Mitteilung, dass nächstes Jahr ein Jugendkongress stattfindet und dass es toll ist, dass sich der Landtag dafür

zur Verfügung stellt, völlig gereicht. Dafür hätten Sie kein Papier beschreiben und keine Drucksachenummer verwenden müssen.

(Abg. Felix Martin: Wir haben hier 6410 Drucksachen, und Sie beschwerten sich über diese eine!)

– Na ja, ich glaube, ich würde noch ein paar finden, die ich nicht gerade gut finde.

(Diverse Zurufe)

Also ich finde es schön, wenn es einen Landesjugendkongress geben wird. Ich fände es aber noch viel schöner, wenn das, was hier drinsteht, das Konzeptpapier für die Jugendbeteiligung – Tilo hat es ausgeführt – tatsächlich umgesetzt werden würde. Das fände ich wirklich schön. Da könnte ich auch gerne mit Freude zustimmen. Ich fände es noch viel besser, wenn das, was hier drinsteht, die Interessen, Anliegen und Bedürfnisse von Jugendlichen, ernst genommen würden und es eine wirksamere Jugendbeteiligung wäre. Dann würde ich sagen: Hervorragend, tolle Sache. – Ansonsten ist es einmal wieder ein grandioses Selbstlob. Selbstlob kann ich nicht zustimmen, dem Jugendkongress ja, aber nicht dem Selbstlob der Landesregierung. Das finde ich in dieser Sache unangemessen.

Sie müssen jetzt etwas bieten. Sie sagen sich: Irgendetwas aus dem Koalitionsvertrag zum Thema Jugendbeteiligung müssen wir jetzt umsetzen. – Aber das ist mir jetzt echt eine Nummer zu klein.

Abg. **Max Schad**: Ich wollte auf das antworten, was Frank-Tilo Becher zur Systematik gesagt hat. Danke, dass du anerkennt, dass in dem Bereich etwas passiert. Es hat durchaus Mühe und Arbeit gekostet – das muss man wirklich so sagen –, das alles so hinzubekommen und zu organisieren. Ich möchte das durchaus auch in seiner Größe würdigen. Das ist eine wirklich sehr große Veranstaltung, die viel Vorlauf und eine Menge Arbeit erfordert. Das kostet auch viel Geld. Es hat alles ein System. Ich bin wirklich davon überzeugt, dass das eine super Sache wird, die den Jungen etwas bringt und von der auch eine Ausstrahlungswirkung ausgeht. Ich finde eigentlich, dass die Systematik wirklich auch strukturell sinnvoll ist.

Eine ganze Reihe an Maßnahmen sind vom Hessischen Jugendring vorgeschlagen worden. Das stimmt. Da ist auch vieles dabei, über das man sich in der Implementierung unterhalten kann. Wenn wir Jugendbeteiligung ernstnehmen, dann wäre es doch sinnvoll, wenn wir die Betroffenen, diejenigen, die am Ende die Adressaten dieser Sache sein sollen, involvieren und nicht nur hier einbringen und beschließen. Nie hat irgendein Jugendlicher irgendetwas mit diesem Papieren zu tun gehabt. Es ist aus dem Hessischen Jugendring entstanden. Das ist richtig. Die sind auch legitimiert, aber der „normale“ Jugendliche unabhängig von der Verbandsebene hat sich damit noch nicht beschäftigt. Eines der ersten, zentralen Themen beim Jugendkongress soll es sein, diese Maßnahmen zu diskutieren. Es soll auch diskutiert werden, wie Jugendbeteiligung aussehen soll. Was wünschen sich eigentlich die jungen Menschen? – Frau Böhm, wenn man Partizipation von oben implementiert, dann ist das ein gewisser Widerspruch in sich. Deswegen

halte ich das für einen sinnvollen ersten Schritt, um dann zu schauen, dass man Ergebnissicherung betreibt. Das ist auch Teil des Antrages. Das war uns allen wirklich wichtig, dass wir nicht nur reden, sondern in einem zweiten Schritt in einem Folgeangebot, in einer Rückmeldeveranstaltung festgehalten wird, was passiert, damit von dort dann die nächsten Schritte gemacht werden können.

Ich kann nicht erkennen, dass das zu kurz gesprungen ist, sondern das macht für sich genommen alles schon viel Sinn. Ich bin sehr froh darüber, dass das so gelungen ist. Frau Böhm, ich finde auch, so ein Ausschuss ist nicht immer dafür da, um zu tadeln und alles herunterzureden. Man kann durchaus auch einmal sagen, wenn etwas gut ist. Ich muss mich der Kritik vom Kollegen Martin auch anschließen. Wenn wir die Daseinsberechtigung jeder Drucksache, die Sie hier einreichen, anzweifeln müssten, dann kämen wir gar nicht mehr aus dem Zweifeln heraus. Daher finde ich es gut, Frank-Tilo, dass Ihr zustimmt und das Positive gesehen habt. Am Ende entsteht hier ein guter, runder Griff, aus dem etwas für die Zukunft werden kann.

Abg. Yanki Pürsün: Der Kollege Becher sprach davon, dass es ein Anfang ist. Dieser Anfang hat schon eine Weile gedauert. Wir haben zu dem Thema schon häufig gemeinsam konferiert. Ich würde mir wünschen, wir könnten das noch eine Weile so fortführen mit dem Kollegen Becher.

Kollege Martin sprach von Beteiligung. Beteiligung ist uns Freien Demokraten ein ganz wichtiges Anliegen. Das kann man in den Koalitionsverträgen, die wir so unterschreiben, immer nachlesen. Ich finde es sehr schade, dass er von Beteiligung spricht, aber ausblendet, dass es einen vorher stattgefundenen Prozess gegeben hat, an dem mehrere Fraktionen beteiligt waren, dann aber ein Antrag entsteht, ohne dass es in einem breiteren Rahmen vorgestellt oder diskutiert wird. Ich kann mir das nur so erklären, dass man wahrscheinlich Angst davor hatte, wie die anderen Fraktionen auf diesen Vorschlag reagieren, dass sie vielleicht weitergehende Ideen und Vorschläge haben. Dem wollte man aus dem Weg gehen, indem man es einfach unabgesprochen vorlegt.

Ich kann den Jugendring verstehen, dass er erst in die Diskussion mit mehreren Fraktionen geht, aber dann sagt: Okay, von dieser Landesregierung ist eben nichts zu erwarten, also nehmen wir einfach das Minimum an, was sie uns vorlegen, und beschweren uns nicht. – Wenn man sich den Antrag durchliest, ist es schon interessant, dass an mehreren Stellen auf die Kommunen verwiesen wird. Wenn man von dem überzeugt wäre, was man auf Landesebene macht, müsste man die Kommunen nicht ansprechen; denn es gibt auf kommunaler Ebene deutlich mehr Aktivitäten und Foren als auf Landesebene.

Zentral ist Punkt 3, in dem nur steht, dass es für viele junge Menschen jetzt die Möglichkeit gibt, ihre Meinung zu äußern. Das ist total interessant. In einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist es eigentlich vollkommen normal, dass Menschen ihre Meinung äußern können. Es steht dort auch: Sie können gemeinsame Positionen erarbeiten. – Das finde ich jetzt auch nicht besonders neu. Dafür gibt es Verbände, wo sie das machen. Dafür gibt es auch Jugendeinrichtungen, wo das gemacht wird, auch in kleiner Gruppe. Zuletzt steht dort: Sie können im Austausch mit Politikerinnen und Politikern diskutieren. – Ist das dann alles? Die große Innovation ist dann, dass

es einen Landesjugendkongress gibt, der dann auch fortgesetzt werden soll. Was langfristig daraus werden soll, und was es an reeller Beteiligung abseits von Formaten, deren Verbindlichkeit vollkommen unklar ist, gibt, davon liest man hier nichts. Daher, glaube ich, sollte man dieses Brötchen auch als Brötchen darstellen und nicht als Massenproduktion aus der Bäckerei. Das ist es nämlich definitiv nicht.

(Abg. Felix Martin: Es hat auch niemand von der Massenproduktion aus der Bäckerei gesprochen!)

Daher ist es total unangemessen, das als großen Wurf zu präsentieren. Es ist definitiv eine Enttäuschung. Ich glaube auch nicht, dass der Hessische Jugendring es eigentlich so richtig toll findet, was am Ende dabei herausgekommen ist, weil die Bereitschaft der Fraktionen, die da mitgearbeitet haben, definitiv größer war als das, was hier präsentiert wird.

Da wir nicht so kleinlich sind wie die Koalition bei anderen Anträgen, stimmen wir dem zu. Es ist aber gelinde gesagt natürlich ein Witz, was hier präsentiert wird. Wenn das alles ist, was sich die Koalitionsfraktionen beim Thema Beteiligung vorstellen können, dann ist es, was es ist, nämlich praktisch nichts.

Abg. **Frank-Tilo Becher**: Keine Angst, ich werde den Abend nicht nutzen, um noch einmal ganz viele Redebeiträge zu haben, bevor ich das Haus verlasse. Ich möchte einfach nur noch einmal an einer Stelle etwas sagen, weil ich es fachlich spannend finde. Die Methodik ist mir nicht klar. Es gibt eine – das war nicht klein aufgelegt – Fachdebatte, es gibt einen HOP!-Jugendkongress, bei dem wir dabei waren. Das waren Jugendliche. Aus diesen Dingen ist etwas erwachsen und entstanden. Ich finde, das waren Beteiligungsformen. Ich möchte auch sagen, dass die Verbände auch selbst in Beteiligungsstrukturen unterwegs sind. Ich kann natürlich immer definieren, dass ich eigentlich anders und mehr beteiligen müsste, um wirklich beteiligt zu haben. Ich finde, das ist ein bisschen despektierlich im Umgang mit dem Ergebnis.

Wenn man sagt, man will an dieser Stelle Dinge überprüfen, dann hätte ich mir vorstellen können, dass noch einmal definiert wird, welche anderen Elemente aus dem Konzeptpapier genau die sind, die man im Jugendkongress zur Debatte stellt, wo man sich noch einmal Feedback einholt, um zu entscheiden. Ein inhaltliches Bekenntnis zu weiteren Punkten aus dem Konzeptpapier wäre hilfreich gewesen, um die Ernsthaftigkeit des Ansinnens zu dokumentieren. So bleibt ein wenig das Gefühl: Daraus kann etwas werden, es kann aber auch nur eine reine Alibi-Funktion haben. – Ich will es nur noch einmal sagen: Bitte schauen Sie einfach noch einmal in das Konzept. Es ist nicht so, dass es ein Baukasten mit fünf Spiegelstrichen ist, sondern die fünf Spiegelstrichen ergeben zusammen eine stimmige Form der Jugendbeteiligung. – Man muss an dieser Stelle einfach sagen: Das Konzeptpapier oder das Ergebnis dieser Arbeit findet nicht die Zustimmung der Landesregierung, sondern nur ein Element davon. – Das darf man hier festhalten. Wir sind auch dankbar, dass wenigstens das passiert, sodass wir dem auch zustimmen. Es bleibt aber weit hinter dem, was ich als Feedback gerne an die Jugendverbände und die Jugend gegeben hätte aus diesem Haus.

Abg. **Felix Martin:** Ich rate meinen Kolleginnen und Kollegen immer davon ab, noch einmal in die Debatte zu gehen. Ich mache es jetzt aber trotzdem selbst. Ich stelle einfach fest: Die FDP hat keinen Antrag zum Thema eingebracht. Sie hat auch nie gefordert, dass irgendetwas aus diesem Konzept – zumindest habe ich davon nichts mitbekommen – verwirklicht wird. Sie hat auch keinen öffentlichen Prozess angestoßen oder sonst irgendetwas gemacht, um dieses Thema voranzubringen. Dementsprechend läuft die Kritik da ins Leere.

Wir haben das durchaus im größeren Rahmen vorgestellt. Es gab eine Pressekonferenz unter Beteiligung der hessischen CDU, GRÜNEN, dem Hessischen Jugendring und der Landesschülervertretung. Die saßen da mit auf dem Podium, was vielleicht auch ein kleiner Hinweis darauf ist, dass sie das vielleicht nicht ganz so furchtbar finden – wie es hier dargestellt wurde –, was wir hier machen. Natürlich haben sie dort auch genau das gesagt, was hier auch geäußert wurde. Genau so, wie es Kollege Becher formuliert hat, haben sie gesagt: Wir haben ein Konzept geschrieben. Wir wünschen uns, dass die anderen Punkte auch noch umgesetzt werden. – Niemand hat etwas anderes erwartet. Wir haben sie zu der Pressekonferenz in dem Wissen eingeladen, dass das passieren wird. Wir hätten sie auch nicht einladen können. Wir haben uns aber bewusst dafür entschieden, das nicht zu tun, weil sie viel geleistet haben.

Es hat in der Tat einen umfangreichen Beteiligungsprozess gegeben, den auch das Ministerium intensiv begleitet hat und übrigens auch zu einem ganz großen Anteil bezahlt hat. Viele von uns sind dabei auch vor Ort gewesen, in Frankfurt aber auch bei den vielen digitalen Veranstaltungen. Der große Unterschied zu der Diskussion auf dem Jugendkongress ist, dass die Zielgruppe eine andere ist. Bei der Veranstaltung in Frankfurt und den Folgeveranstaltungen waren maßgeblich Jugendliche anwesend, die in Schülerversammlungen, Jugendparlamenten und anderen Organisationen engagiert sind. Die bringen eine Sichtweise mit, die spannend und wichtig ist, aber die Menschen auf dem Jugendkongress hier im Landtag werden andere sein. Ich vermute – ich weiß es nicht, wir werden sehen –, es werden größtenteils viele junge Menschen sein, die noch nicht so stark engagiert sind, die vielleicht eine andere Sichtweise mitbringen werden.

Ja, in der Tat, ich stimme ausdrücklich zu, Herr Kollege Becher, dass das ein Gesamtkonzept ist, dass auch nur zusammen funktioniert. Genau deswegen sagen wir auch nicht: Alles andere machen wir auf keinen Fall. – Sondern wir sagen, dass wir darüber noch einmal diskutieren lassen. Das ist auch ein lernender Prozess, wo wir feststellen werden, dass das eine vielleicht so oder anders funktioniert.

Was das Thema Büro angeht: Ganz ehrlich, es gibt jetzt Mittel aus dem Partizipationsprogramm. Damit wird unter anderem ein Büro finanziert, das diesen Jugendkongress vorbereitet. Natürlich kann man in Zukunft noch darüber diskutieren, ob dieses Büro mehr Ausstattung braucht, soll dieses Büro noch andere Aufgaben übernehmen. Darüber kann man natürlich sprechen. Faktisch gibt es aber ein Büro. Wir müssen sowieso im nächsten Jahr darüber sprechen, wie wir damit weitermachen, wenn wir aus diesem Projekt eine Verstetigung machen. Wir müssen dann auch darüber sprechen, wen wir damit beauftragen wollen, wie eng wollen wir den Landtag einbinden, geht das in Zusammenarbeit mit dem Ministerium oder unabhängig davon. Ich werfe einfach Fragen, die bislang unbeantwortet sind, in den Raum. Die werden wir uns dann stellen müssen. Mit

denen werden wir uns auseinandersetzen müssen. Da werden die jungen Menschen selbst intensiv dazu beitragen. Digitale Konzepte werden übrigens gerade in der Staatskanzlei unter www.deinehrenamt.de überarbeitet. Da kann sich der Jugendkongress dann auch entsprechend mit einbringen.

Beschluss:

SIA 20/67 – 25.11.2021

Der Sozial- und Integrationspolitische Ausschuss nimmt den Antrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung an.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freie Demokraten gegen DIE LINKE bei Stimmenthaltung AfD)

3. **– zur abschließenden Beratung –**

Antrag
Fraktion der AfD
Gesundheitsgefahren durch zu hohe Kohlenstoffmonoxid-
Konzentrationen in hessischen Shisha-Einrichtungen redu-
zieren – Die Landesregierung muss endlich handeln
– Drucks. [20/6732](#) –

Abg. **Volker Richter:** Es ist schon etwas überraschend, dass dieser Antrag noch nicht dazu geführt hat, dass die Landesregierung etwas getan hat. Am 10. November 2020 bei der ersten Lesung zum Shisha-Gesetz hat Herr Minister Klose selbst gesagt, dass dieses Thema nicht auf die leichte Schulter genommen wird und alsbald geregelt werden soll. Wir hatten hier zum Nichtraucherschutzgesetz ebenfalls eine Anhörung. Da haben sehr viele der Anzuhörenden auch darüber gesprochen, dass dazu etwas geregelt werden müsse. Es geschieht nichts. Aus dem Grund finde ich es sehr schade, dass die Hessische Landesregierung hier überhaupt nicht tätig wird.

Beschluss:

SIA 20/67 – 25.11.2021

Der Sozial- und Integrationspolitische Ausschuss lehnt den Antrag nach abschließender Beratung in öffentlicher Sitzung ab.

(CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE gegen AfD)

4. **– zur weiteren Beratung –****Große Anfrage**

Dr. Daniela Sommer (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Frank-Tilo Becher (SPD), Ulrike Alex (SPD), Wolfgang Decker (SPD), Nadine Gersberg (SPD), Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion vom 25.08.2020

Kinderrechte in Hessen

– Drucks. [20/4427](#) zu Drucks. [20/3469](#) –

Abg. **Dr. Daniela Sommer:** Ich finde es schon spannend: Wir hatten eben Tagesordnungspunkt 1 behandelt, und dabei wurde auch noch einmal auf den Internationalen Tag der Kinderrechte am vergangenen Wochenende verwiesen. Wenn man sich dann die Antwort auf die Große Anfrage anschaut, kann man feststellen, dass zwar Maßnahmen umgesetzt werden, Hessen im Bundesvergleich im Gesamtergebnis aber trotzdem sehr schlecht abschneidet.

Ich möchte noch einmal feststellen, dass 17 % der Gesamtbevölkerung Kinder sind. Wir bilden in diesem Kinderrechte-Index mit drei anderen Bundesländern das Schlusslicht; wir sind nicht einmal im Mittelfeld. Das ist ein Armutszeugnis.

Wenn man dann in der Antwort auf Frage 1 auch noch einmal zu hören bekommt, es seien umfangreiche Maßnahmen nicht berücksichtigt worden, möchte ich nur noch einmal an die zugrundeliegende Studie erinnern: Das war eine empirisch vergleichbare Grundlage, ein breiter kinderrechtlicher Forschungsansatz, eine umfassende Analyse. Dabei hat man sich sogar die Lücken in der Datenverfügbarkeit angeschaut und all das aufgenommen. Deswegen verstehe ich diese – ich nenne es einmal so – Ausrede nicht. Andere Bundesländer haben sich auch nicht beschwert, zu schlecht abgeschnitten zu haben, weil das Studienformat nicht passend auf das Bundesland zugeschnitten worden sei.

Das finde ich schon sehr spannend: Es ist eben eine Übersicht und ein Vergleich der Umsetzung von Kinderrechten in den Bundesländern. Für jedes ausgewertete Kinderrecht standen eben die gleichen Daten der Bundesländer zur Verfügung, und diese wurden auch zueinander in Beziehung gesetzt. Dabei sind Entwicklungsbedarfe noch einmal ganz klar herausgeschrieben worden. Bislang aber merkt man nicht, dass sich in Hessen da wirklich etwas positiv entwickelt bzw. sich etwas für die Kinderrechte getan hätte.

Ich möchte einfach noch einmal festhalten, wie wir abgeschnitten haben: Bei der Umsetzung des Rechts auf Beteiligung liegt Hessen im Durchschnitt. Bei der Umsetzung des Rechts auf Gesundheit liegen wir unter dem Durchschnitt. Bei der Umsetzung des Rechts auf den angemessenen Lebensstandard liegt Hessen unter dem Durchschnitt. Bei der Umsetzung des Rechts auf Ruhe und Freizeit, Spiel und aktive Erholung liegt Hessen unter dem Durchschnitt. Bei der Umsetzung des Rechts auf Bildung liegt Hessen unter dem Durchschnitt.

Natürlich kann man sagen, diese Ergebnisse stellen eine Momentaufnahme dar. Wir sind auch schon sehr gespannt auf den nächsten Kinderrechte-Index. Wenn der vorliegt, können wir uns gerne auch über dessen Ergebnisse unterhalten. Ich ziehe nur ein paar Sachen raus, weil die Entwicklungsbedarfe klar genannt werden. Es gibt z. B. keine Berücksichtigung der Belange von Kindern in der HBO in Hessen. Es gibt keine verbindlichen Kinderschutzstandards im Landesrecht. Kinderarmut wird nicht ausreichend bekämpft, und die Armutsgefährdungsquote liegt bei 21,9 %. Wir haben keine landesrechtliche Grundlage für Beteiligung – wir haben es eben gehört: Es gibt zwar kleine Mosaiksteine, aber nichts, was landesrechtlich tatsächlich verankert wird. Es gibt beispielsweise auch zu wenig Kinderärzte: Wir haben die zweitniedrigste Versorgungsquote. – Es gibt also ganz, ganz viele Entwicklungsbedarfe.

Diese könnte man jetzt im Einzelnen durchgehen und sich noch einmal ansehen. Die sind in Hessen eben nicht umgesetzt. Natürlich gibt es Programme und Maßnahmen – ob das jetzt das Schülerticket ist, die Ferienakademie, Familienerholung, oder was Sie alles aufschreiben –, aber die Frage bleibt einfach, ob es tatsächlich ankommt, und viele Eltern und Kinder profitieren eben nicht davon. Das ist schade, und daran muss weiter gearbeitet werden. – Herzlichen Dank.

Abg. **Kathrin Anders:** Ich möchte mich zunächst für die Antwort auf die Große Anfrage bedanken, die vor über zehn Monaten öffentlich gemacht wurde. Die Beantwortung selbst ist schon über ein Jahr her. Die Maßnahmen des ganzen letzten Jahres können dort also gar nicht aufgeführt sein, was natürlich sehr schade ist.

Frau Dr. Sommer, in Ihrem Redebeitrag haben Sie sich auf einen Kinderrechte-Index bezogen, der vor über zwei Jahren erhoben worden ist: Auch das ist nicht mehr ganz aktuell. Ich glaube schon, dass es angemessen wäre, zu sagen, dass es eine ganze Weile her ist, weil zwei Jahre – für Kinder erst recht – eine lange Zeit sind.

Wenn Sie andere Bundesländer zum Vergleich heranziehen, dann wüsste ich gern, in welchem Bundesland es noch eine hauptamtliche Beauftragte für Kinder- und Jugendrechte gibt, wo es eine Kinder- und Jugendrechte-Charta gibt, und wo ein Jahr der Kinderrechte mit so vielen Aktionen und so vielen Veranstaltungen durchgeführt wurde, trotz Pandemie. Ich finde, das zeigt schon, dass dieses Thema einen hohen Stellenwert in Hessen hat und dass die Umsetzung wichtig ist.

Sie hatten eben behauptet, dass Belange von Kindern in der HGO nicht berücksichtigt würden: Ich lese in der Beantwortung der Anfrage etwas anderes, aber da scheinen wir unterschiedliche Wahrnehmungen zu haben. Anhand dieser Anfrage, aber vor allem anhand dessen, was im ganzen letzten Jahr passiert ist, würde ich mich freuen, wenn Frau Zeleke bald einmal hierher kommen und uns vielleicht vorstellen würde, was in diesem Jahr alles passiert ist und wie die Kinderrechte überhaupt wieder ins Bewusstsein von Kindern und Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, Lehrerinnen und Lehrern gekommen sind, und was es konkret vor Ort an Umsetzung gab und gibt.

Ja, die Landesseite ist eine Seite, von der es Beteiligung braucht. Wir haben eben darüber geredet, wie die aussehen wird; das ist ein wichtiger Teil. Aber am Ende werden Kinderrechte tatsächlich vor Ort in der Kommune, in der Kita und zu Hause umgesetzt. Ich glaube daher, dass es sehr, sehr gut ist, dass wir es in Hessen so umfassend mit den Maßnahmen aus der Kinder- und Jugendrechte-Charta und mit vielen anderen Dingen behandeln.

Abg. **Lisa Gnadl**: Frau Kollegin Anders, Sie wissen, dass wir generell Schwierigkeiten haben, im Plenum Große Anfragen entsprechend aufzurufen. Das hat auch mit der Struktur der Tagesordnung zu tun, und ich glaube, alle Fraktionen haben damit zu kämpfen, dass die Großen Anfragen im Plenum aufgerufen werden. Wir hätten gerne schon zu einem früheren Zeitpunkt darüber diskutiert. Wir hatten uns aber gedacht, bevor wir diese Große Anfrage noch mit ins nächste Jahr schleppen, sie lieber im Fachausschuss zur abschließenden Beratung aufzurufen.

Ehrlich gesagt bin ich auch froh, dass wir diese Tagesordnungspunkte nicht zusammengezogen haben, weil eigentlich jeder Punkt für sich diskutiert gehört, da bei den Punkten 1, 2 und 4 Unterschiede bestehen und unterschiedliche Themengebiete darin angesprochen werden.

Vielen Dank noch einmal für die Beantwortung, auch wenn das alles schon ein Stück weit zurückliegt. Nichtsdestotrotz hat sich die Welt im letzten Jahr nicht nur in Hessen weitergedreht, sondern sicherlich auch in den anderen Bundesländern. Wenn dieser Kinderrechte-Index von 2019 – sowohl Frau Sommer hat es eben gesagt, aber es steht auch in der Vorbemerkung – tatsächlich ein Ansporn für die Landesregierung war, sich konkret anzuschauen, wo man Dinge verändern könnte, dann hat der Kinderrechte-Index in der Tat etwas bewirkt.

Wenn man sich die einzelnen Themengebiete in der Anfrage anschaut, ist mir – unabhängig vom Themengebiet – sehr stark aufgefallen, dass vielfach Aktionen, Aktionsprogramme, Einzelmaßnahmen, Modellprojekte – etwa mit Modellschulen oder -kitas –, modellhafte Projekte oder im Partizipationsbereich, modellhafte Maßnahmen oder Aktionsprogramme beschrieben wurden. Die Frage aber ist, ob es ausreicht, Dinge in Form von Modellprojekten- und Aktionen auf den Weg zu bringen. Herr Martin hat bei Tagesordnungspunkt 2 selbst gesagt, durchaus darüber nachzudenken, wie aus einem Projekt wie dem Landesjugendkongress eine Verstetigung werden könne. Diese Frage stelle ich mir allerdings bei sehr vielen der Maßnahmen in Hessen, und das bereits seit Jahren: Wann wird aus einem Modellprojekt eigentlich irgendeine Verstetigung? Man muss ein Modellprojekt evaluieren. Dann muss man sich anschauen, ob sich das Modell in die Fläche übertragen lässt. Was hat also der Rest des Landes von diesen einzelnen Modellprojekten?

Dazu hatten wir bereits Berichtsanträge gestellt, auch hier im Sozialpolitischen Ausschuss, genau zu diesem Punkt. Da fehlt mir einfach eine Verstetigung, es fehlen verlässliche Strukturen. Das ist das, was Herr Becher heute schon angesprochen hat, nämlich beispielsweise eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung. Ich glaube, es ist schon zwei Legislaturperioden her, dass wir einen Änderungsantrag zur HGO gestellt haben, durch den wir die Jugendbeteiligung so fest-

schreiben wollten, dass es eine Muss-Bestimmung wäre und dass man es sich eben nicht aussuchen kann, ob man Kinder und Jugendliche beteiligen will, sondern dass sie in ihrem konkreten Lebensumfeld beteiligt werden müssen – in welcher Form auch immer. Das muss kein Parlament sein, das könnten auch andere Beteiligungsformen vor Ort sein, die dann natürlich auch vor Ort stattfinden müssten. Viele setzen es aber nicht um.

Es gibt andere Bundesländer, beispielsweise Schleswig-Holstein, die hier eine Muss-Bestimmung haben, über die man anfängt, verlässliche Strukturen zu schaffen – weg von Programmen, Projekten, Preisen. Das zieht sich durch die ganze Antwort auf die Anfrage. Ich könnte sicherlich auf noch mehr Details zu den einzelnen Punkten eingehen: Auch im schulischen Bereich könnte ich mir mehr Partizipation vorstellen, auch außerhalb der SV-Arbeit. Das Wahlalter ab 16 hatten wir heute schon, und viele Dinge mehr.

Zur Kinderarmut und der Armutsquote hat mich die Antwort auf Frage 3 auch etwas verwundert. Ich würde sagen, natürlich ist die Berechnung der Kinderarmutsquote aufgrund des Landesmedians zulässig, weil er die Lebenssituation der hessischen Kinder im Vergleich zur hessischen Gesamtbevölkerung abbildet. Da kann man einfach nur feststellen, dass zu viele arme Kinder in einem eigentlich sehr reichen Bundesland leben.

Es gäbe noch viele weitere Punkte, die sehr diskussionswürdig sind, auch in der Antwort auf die Große Anfrage. Aber ich denke mit dem, was wir jetzt angerissen haben, wird deutlich, worauf sich unsere Kritik beim Thema der Kinderrechte begründet.

Abg. **Christiane Böhm**: Ich freue mich natürlich, dass wir eine Beauftragte für Kinder- und Jugendrechte in Hessen haben. Es hat auch ein bisschen Mühe gekostet, bis sie endlich einmal etabliert wurde. Ich hoffe, dass uns Frau Zeleke möglichst lang erhalten bleibt und weiter arbeiten kann. Ich verspreche mir davon, wenn auf sie, ihre Ideen und ihre Konzepte gehört wird, die Kinderrechte zugrunde legen, dass es eine fortschrittlichere Entwicklung geben kann.

Zur Antwort auf die Große Anfrage sind mir eigentlich nur die Dinge zur Kinderarmut aufgefallen, die hier besonders hervorgehoben wurden. Ich denke, das andere wäre aufgrund der begrenzten Zeit etwas übertrieben. Lisa Gnadl ist eben auf die Armutsgefährdungsquote in Hessen eingegangen. Es hört sich wirklich nach Verharmlosung an, was die Landesregierung hier als Antwort gibt, nach dem Motto: „Das Problem ist nicht so groß, es ist nur ein bisschen größer als im Bund.“ – Aber dass die Armutsgefährdungsquote in den letzten zehn Jahren um 6,6 % gestiegen ist, da müsste man schon ein bisschen überlegen, warum das gerade bei uns in Hessen passiert und ob man das wirklich noch so verharmlosen kann.

Wenn ich dann an diesen letzten Landessozialbericht mit seinen ohnehin schon sehr mageren Maßnahmen zur Milderung von Kinderarmut denke: Es war schon mager, und von dem Mageren ist nicht viel da. Auch Ihre Antworten auf die Frage, was Sie denn gegen Kinderarmut täten, beschränken sich darauf, dass es Unterstützung für die Kitas gebe. – Ja, schön, das ist sicher ein wichtiges Mittel, um Kinderarmut zu bekämpfen, wenn alle Kinder die Möglichkeit haben, in die

Kitas zu gehen. Dass es aber nicht mehr so ist, lässt sich doch nicht mehr ignorieren, oder? In ganz vielen Orten ist es einfach nicht mehr so, dass alle Kinder einen Kita-Platz bekommen würden.

Auch da frage ich mich, wie es denn mit dem Kita-Investitionsprogramm aussieht. Sind die Mittel jetzt ausgeschöpft? Was ist mit den vielen Anträgen, die vorliegen und noch immer nicht bewilligt worden sind? Was tut die Landesregierung da? Das wären Dinge, die ich gerne beantwortet hätte. Das wäre zumindest ein Schritt, aber es wären eigentlich noch so viele andere Schritte mehr notwendig, um Armutsgefährdung bei Kindern zu bekämpfen.

Wir haben schon viele Male ein Landesaktionsprogramm in diesem Bereich gefordert. Nicht in dem Sinne, wie Lisa Gnadl eben sagte, dass es irgendwelche Modellprojekte gibt – ich glaube, davon haben wir in Hessen schon viel zu viele, ich kann das schon gar nicht mehr hören. Alle Leute, die ich kenne, die irgendwie im sozialen Bereich tätig sind, sagen, sie hätten – das ist jetzt meine Übersetzung – die Schnauze voll von Modellprojekten. Da wird ein Modellprojekt auf den Weg gebracht, hinterher wieder in die Schublade geschoben, und dann wird wieder ein neues Projekt gestartet. Mit dieser Projektitis lösen wir keine Probleme, sondern damit verbrennen wir nur Geld und Energie von Beteiligten wie auch von Betroffenen, die dann irgendwann keine Lust mehr haben, sich daran zu beteiligen.

Das ist eine Problematik, weil es nicht nachhaltig und nicht zukunftsfähig ist. Die Beauftragte für Kinder- und Jugendrechte ist da mein einziger Lichtblick. Ich hoffe, sie wird ausstrahlen und mehr dazu beitragen, dass sich etwas verändert. Aber ansonsten ist mein Blick noch nicht sehr hoffnungsfroh. – Danke schön.

Abg. **Sandra Funken:** Auch ich möchte erst einmal der Landesregierung und vor allem den Mitarbeitern Dank für die ausführliche Beantwortung der Großen Anfrage aussprechen. Die Beantwortung gibt einen guten Überblick über die Arbeit der Landesregierung für die Stärkung der Kinderrechte. Frau Anders hat schon vieles ausgeführt.

Frau Dr. Sommer, ich verstehe nicht ganz, dass Sie sagen, die Maßnahmen würden nicht ankommen: Wir haben jetzt das Jahr der Kinderrechte, wir haben einen Jugendkongress geplant, bei dem wir Kinder und Jugendliche mit einbinden. Im Kinderrechts-Index wird ausdrücklich gelobt, dass wir im Verfassungstext die Kinderrechte als wichtigen Punkt aufgenommen haben.

Ich finde auch, man kann nicht sagen, dass Maßnahmen nicht ankämen. Wir haben das Schülerticket, wir haben die zehnpromtente Erhöhung der Glücksspielförderung ab 2022, und wir haben den Aktionsplan Kinderschutz. Es gibt also durchaus Maßnahmen, die ankommen und die zeigen, wie wichtig uns die Kinderrechte und der Schutz von Kindern in Hessen ist. Gerade auch im Rahmen der Gala am vergangenen Wochenende sind viele gute Maßnahmen und die Einbindung von Kindern und Jugendlichen noch einmal aufgezeigt worden, und auf welchen Weg wir uns dort begeben haben. Da kann man hier nicht sagen, Maßnahmen kämen nicht an und wir würden nichts tun.

Wir sind auf dem richtigen Weg, Kinder und Jugendliche mit ins Boot zu holen, auf sie zu hören und die Kinderrechte zu stärken. – Vielen Dank.

Beschluss:

SIA 20/67 – 25.11.2021

Der Sozial- und Integrationspolitische Ausschuss hat die Antwort der Landesregierung zur Großen Anfrage in öffentlicher Sitzung besprochen.

(einvernehmlich)

(Schluss des öffentlichen Teils: 20:36 Uhr;
folgt nicht öffentlicher Teil)